

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 21 (2001)
Heft: 40

Artikel: Gewerkschaftsbewegung und neuer Internationalismus
Autor: Gallin, Dan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651863>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaftsbewegung und neuer Internationalismus

Die Globalisierung des Kapitals ist für die Gewerkschaften eine Herausforderung an unseren eigenen Internationalismus. Wir hielten die Gewerkschaftsbewegung für eine Internationale und uns für Internationalisten, und müssen jetzt einsehen, dass unser „Internationalismus“ im Unterschied zur real existierenden Internationale des Kapitals vollkommen unzulänglich ist, als Konzept und als Organisation. Wir müssen davon ausgehen, dass eine internationale Gewerkschaftsbewegung noch aufzubauen ist.

Gewiss: Es gibt den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und die Internationalen Berufssekretariate (IBS). Das Hauptproblem des IBFG sowie des EGB ist, dass sie lose Koordinierungsorgane von Gewerkschaftsbünden sind, die national denken, national handeln und unfähig sind, über den nationalen Tellerrand zu blicken. Der Kitt, der beide Organisationen zusammenhält, kommt nur teilweise von innen, gewachsen aus gewerkschaftlichen Interessen.

Im Falle des IBFG war es der Antikommunismus, der während des Kalten Krieges der Organisation als Ersatzideologie diente und die Organisation zusammenhielt. Heute ist der IBFG mit 156 Millionen Mitgliedern in 148 Ländern bei weitem die grösste internationale Gewerkschaftsorganisation, die es jemals gegeben hat. Umso bedrückender ist seine Konzeptlosigkeit. Die grösste Gewerkschaftsinternationale aller Zeiten dümpelt vor sich hin, ratlos, unfähig, sich eine alternative Gesellschaftsordnung vorzustellen, geschweige denn dafür zu kämpfen.

Der EGB hat dieselben Probleme von seiner Mitgliedschaft her, den nationalen Gewerkschaftsbünden in Europa. Dazu kommt seine Abhängigkeit von der Kommission der EU, die ihm zwar Mittel zur Verfügung stellt und ihm Legitimation verleiht, ihm aber auch seine politischen Grenzen setzt; zuletzt am EU-Gipfel in Nizza (Dezember 2000), wo alle gewerkschaftlichen Abänderungsanträge zur Europäischen Sozialcharta ausnahmslos abgelehnt wurden, was den EGB nicht abgehalten hat, das Scheitern als einen „kleinen Schritt vorwärts“ zu bezeichnen. Im Grunde genommen handelt es sich bei beiden Organisationen um Lobbies am Hof der Mächtigen, sei es die Bretton Woods Institutionen, die WTO oder auch das IAA (Internationales Arbeitsamt), beim EGB die Kommission der EU.

Wie können wir die neue internationale Gewerkschaftsbewegung aufbauen?

Der erste Schritt besteht darin, unser internationalistisches Selbstverständnis zu klären: Wir müssen uns als Staatsbürger (citoyens) unserer Gewerk-

schaftsbewegung begreifen, und das setzt voraus, dass wir unseren Informationsstand entscheidend verbessern müssen. Ungeachtet der Unzulänglichkeit der bestehenden Organisationen müssen wir wissen, was in ihnen vorgeht, was sie tun, wie Entscheidungen getroffen werden, wie wir durch unsere nationalen Organisationen Einfluss nehmen können. Wir müssen wissen, ob unsere nationalen Organisationen überhaupt eine internationale Politik in Angriff nehmen wollen.

Dann ist es wichtig, den Unterschied zwischen Solidarität und Wohltätigkeit festzuhalten. Solidarität ist eine Beziehung zwischen Gleichberechtigten, die auf Gegenseitigkeit beruht. Wohltätigkeit beinhaltet eine paternalistische Beziehung zwischen Gebern und Empfängern. Der Grundwert einer zukunftsweisenden internationalen Gewerkschaftspolitik kann nur die Solidarität sein, und die setzt voraus, dass der Aufbau und die Stärkung internationaler gewerkschaftlicher Netzwerke und Organisationen die absolute Priorität unserer Arbeit sein müssen, denn nur in diesem Rahmen kann ein internationaler Einsatz wirklich solidarisch sein. Bilaterale Hilfeleistungen an Organisationen, von denen angenommen wird, dass sie noch schwächer als die unsrigen sind, und die nicht zum Aufbau internationaler Organisationen beitragen, mögen das schlechte Gewissen zwar beruhigen, sind aber kaum sinnvoll und in vielen Fällen sogar schädlich.

Die finanziellen Mittel internationaler Gewerkschaftsarbeit sind überall karg bemessen. Für Naturkatastrophen und für die verschiedensten sozialen Missstände sind viele zuständig und einsatzbereit, aber Gewerkschaftern helfen nur andere Gewerkschafter. Wenn ich höre, dass Betriebsräte von Volkswagen, in Zusammenarbeit mit Terre des Hommes, 3.4 Millionen Deutsche Mark für Strassenkinder in Brasilien, Südafrika und Deutschland gesammelt haben, dass amerikanische Gewerkschaften Hunderttausende von Dollars an lokale Wohltätigkeitswerke spenden, dass das SAH für Erdbebenopfer in El Salvador sammelt, dann ist das soweit erfreulich, dennoch aber bin ich zutiefst deprimiert.

Wer finanziert einen internationalen Streikfonds? Wer bezahlt gewerkschaftliche Bildungsarbeit, auch international? Wer trägt zum Aufbau internationaler gewerkschaftlicher Organisationen bei? Etwa Terre des Hommes? Ist es nicht unsere Aufgabe, die Machtverhältnisse in der Gesellschaft zu verändern, um *dadurch* die sozialen Missstände abzubauen und abzuschaffen, statt die Symptome zu kurieren? Starke Organisationen können die Verhältnisse verändern, humanitäre Hilfeleistungen lindern das bestehende Elend. Unsere Aufgabe und Verantwortung ist nicht, mit Mutter Teresa zu konkurrieren, sondern die Strukturen zu verändern, und das kostet viel Geld und harte Knochenarbeit.

Schliesslich müssen wir unsere politische Einstellung überdenken. Die Entpolitisierung der Gewerkschaften hat in vielen Branchen eine selbstzufriedene und bornierte Funktionärsschicht geschaffen, die jetzt von der Globalisierung überrollt wird. Wir müssen ebenfalls feststellen, dass wenn Linksparteien an der Regierung sind, sich ihre Politik kaum von der ihrer konservativen Gegner unterscheidet, nicht weil sie Arbeiterverräter sind,

sondern weil sie dem Druck des transnationalen Kapitals in seiner heutigen Machtfülle nachgeben. Man kann sich natürlich fragen, ob unsere GenossInnen auch wirklich alle politischen Spielräume, die im nationalstaatlichen Bereich noch vorhanden sind, im Interesse unserer Mitglieder voll ausnützen.

Wie dem auch sei, die Gewerkschaften kommen ohne Politik nicht aus: alles, was wir tun, ist im Grunde politisch, und wir brauchen die politische Dimension. Unter den gegebenen Umständen bedeutet dies, dass die Gewerkschaften ein eigenes politisches Programm ausarbeiten müssen, in aller Unabhängigkeit und auf der Basis der Interessen unserer Mitglieder. Damit müssen wir uns nicht schwer tun, da wir keine Interessen verteidigen, die sich nicht mit denen der sehr grossen Mehrheit der Bevölkerung decken. Die Gewerkschaften sind keine Lobby für Sonderinteressen, wir sind das Rückgrat der organisierten Zivilgesellschaft.

Auf der Grundlage einer solchen Politik müssen wir unsere Verbündeten suchen: bei den Parteien, insofern sie noch für unsere Belange zugänglich geblieben sind, aber auch und vor allem bei den Bewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft, deren Interessen sich mit unseren zu einem grossen Teil decken. Das sind vor allem die Organisationen der Frauen, der Menschenrechte und des Umweltschutzes. Die politische Bedeutung der Demonstrationen in Seattle, Melbourne, Prag und Porto Alegre (Weltsozialforum) lag eben darin zu zeigen, welchen Umfang, welche Vielfalt und welche potentielle Macht der globale Widerstand gegen die Herrschaft der Konzerne erreicht hat.

Prioritäten des gewerkschaftlichen Internationalismus

Die Macht des Kapitals beruht auf Geld – sehr viel Geld; unsere auf der Organisation. Tatsächlich sind jedoch nur etwa 13 Prozent der LohnempfängerInnen weltweit gewerkschaftlich organisiert; wenn man die ArbeiterInnen des informellen Sektors einbezieht, sinkt der Organisationsgrad um mehr als die Hälfte. Die Länder, wo der Organisationsgrad über 51 Prozent liegt, sind ein knappes Dutzend. Unsere vordringliche Aufgabe ist also die *Organisation*.

Prioritäre Bedeutung kommt selbstverständlich den *transnationalen Konzernen* zu. Es muss den Gewerkschaften gelingen, mindestens die grössten 200 Konzerne flächendeckend zu organisieren. Obwohl sie nur eine Minderheit der ArbeiterInnen weltweit direkt beschäftigen, ist es eine strategisch bedeutende Minderheit. Die IBS haben hier schon vieles erreicht. In der Lebensmittelindustrie, den Hotelketten, der Chemie, der Schifffahrt und anderen Branchen wurden schon erfolgreiche internationale Aktionen durchgeführt und international gültige Verträge mit transnationalen Konzernen abgeschlossen. Gegenwärtig sind die IBS der beste Ansatzpunkt für internationale gewerkschaftliche Organisation, obwohl es sich immer noch um schwache Organisationen handelt, deren nationale Mitgliedsorganisationen nicht immer international ausgerichtet und einsatzbereit sind.

In Europa gibt es seit 1994 die Richtlinie der EU über *Europäische Betriebsräte* (EBR), welche beinhaltet, dass die in Europa tätigen Konzerne mindestens einmal im Jahr die Vertreter der ArbeitnehmerInnen in allen ihren Betrieben in EU-Mitgliedsländern zur Beratung und Information versammeln müssen. Für die Gewerkschaften sind die EBR ein zweischneidiges Schwert: Sie sind der Organisation förderlich nur insofern, als die Gewerkschaften in der Lage sind, den EBR in eine internationale Gewerkschaftsvertretung umzufunktionieren, damit er nicht von der Konzernleitung manipuliert werden kann. Das ist nicht immer gelungen; und dieser Kampf wird in einer Reihe von EBR weiter ausgetragen.

Das zweite Problem bei den EBR ist die geografische Ausbreitung des gewerkschaftlichen Wirkungsbereichs. Die Richtlinie bezieht sich nur auf den EU-Raum, und die Konzernleitungen bemühen sich, die Europäischen Betriebsräte möglichst auf EU-Länder zu beschränken. Das Interesse der Gewerkschaften ist aber, alle Betriebe eines Konzerns ausnahmslos und überall einzubeziehen, auch ausserhalb der EU und auch ausserhalb Europas. Hier ist die Hauptaufgabe die Internationalisierung der EBR, und das ist bisher nur in einigen wenigen Fällen gelungen.

Weltweit ist die Frage der gewerkschaftlichen Organisation jedoch im höchsten Grad eine *Menschenrechtsfrage*. Die grössten Billigstlohnländer, die den globalen Arbeitsmarkt massgeblich beeinflussen und die meisten transnationalen Direktinvestitionen anziehen, sind Länder, wo gewerkschaftliche Rechte mit allen Mitteln unterdrückt werden. In China und in Vietnam, zum Beispiel, gibt es nur vom Staat genehmigte und kontrollierte Gewerkschaften, die für die Interessenvertretung ihrer Mitglieder untauglich sind. Versuche, unabhängige Gewerkschaften zu gründen, werden laufend unterdrückt. In vielen anderen Ländern werden Gewerkschaftsrechte missachtet oder unterdrückt. Laut IBFG wurden im letzten Jahr weltweit 140 GewerkschafterInnen ermordet und 12'000 GewerkschafterInnen wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit entlassen. Die Verteidigung der Menschenrechte, der demokratischen Rechte und des Rechtsstaates ist somit für Gewerkschaften eine Existenzfrage, in der es keine Kompromisse geben darf.

Streikrecht, Demokratie und informeller Sektor

Drei Themen sollten in diesem Zusammenhang für uns Schwerpunkte werden: das Streikrecht, die Demokratie im Unternehmen und der informelle Sektor. Das *Streikrecht* wird international als ein grundsätzliches Menschenrecht anerkannt. Viele Länder anerkennen es, wenn auch meistens mit verschiedenen Einschränkungen. Wenn es sich aber um den Solidaritätsstreik handelt, besonders in einem internationalen Zusammenhang, erfahren wir plötzlich, dass dieses Menschenrecht so grundsätzlich nicht anerkannt wird. In den meisten Ländern, einschliesslich einige „industrielle Demokratien“, ist der Solidaritätsstreik verboten. Aber in einer globalisierten Weltwirtschaft ist es eben diese Form des Streiks, die wir am meisten

praktizieren. Der Kampf um die Anerkennung dieses Rechtes muss für uns ein Schwerpunkt werden.

Die *Demokratie im Unternehmen* ist ein alter Gedanke der Gewerkschaftsbewegung, der unter anderem der betrieblichen Mitbestimmung zugrundeliegt. Es ist schon bemerkenswert, dass in allen Ländern, die sich für demokratisch halten und in denen in allen gesellschaftlichen Bereichen demokratische Regeln für selbstverständlich gehalten werden, es offensichtlich ebenso als selbstverständlich gilt, dass dieselben Regeln in den Unternehmen keine Gültigkeit mehr haben. Dieses Selbstverständnis müssen wir in Frage stellen. Das Unternehmen ist eine zutiefst autoritäre Organisationsform, die auf längere Sicht auch die Demokratie im allgemeinen bedroht. Hier ist ein anderer Schwerpunkt zu setzen.

Wenn es darum geht, die Mehrheit der arbeitenden Menschen gewerkschaftlich zu organisieren, müssen wir uns auch mit dem *informellen Sektor* auseinandersetzen. Der informelle Sektor umfasst alle Formen der unregulierten Arbeit und somit die Mehrheit der arbeitenden Menschen weltweit. Diese Mehrheit wächst, und zwar nicht nur in Drittweltländern, sondern auch in Industrieländern. Der „Süden“ breitet sich im „Norden“ aus und fordert die Gewerkschaften heraus. Wir können uns deshalb nicht mehr nur für Lohnempfänger, die unter geregelten Verhältnissen arbeiten, zuständig halten.

Um aber den informellen Sektor erfolgreich gewerkschaftlich zu organisieren, muss sich die Gewerkschaftsbewegung der Frauenarbeit widmen und sich feminisieren. Die grosse Mehrzahl der arbeitenden Menschen im informellen Sektor sind *Frauen*. Auch die Mehrzahl der arbeitenden Menschen in zunehmend unsicheren Arbeitsverhältnissen – Teilzeit, Heimarbeit, Arbeit auf Abruf – sind Frauen, und die Unsicherheit, die die Globalisierungswelle im weltweiten Arbeitsmarkt ausgelöst hat, trifft vor allem die Frauen.

Wenn es uns ernst ist mit unserem Ziel, die Mehrheit der arbeitenden Menschen in der Welt gewerkschaftlich zu organisieren, dann müssen wir unsere Organisationen viel mehr als bisher für Frauen öffnen. Hier geht es nicht nur darum, frauenspezifische Forderungen und Interessen zu verteidigen, es geht um weit mehr als die herkömmliche Mitgliederwerbung. Es handelt sich um eine grundsätzliche Änderung unserer Organisationskultur, um einen kreativen Arbeitsstil, um die Demokratisierung unserer Organisationen schlechthin, damit sich nicht nur die Hälfte der Arbeiterklasse in ihnen wiedererkennt und beheimatet fühlt.

Wir müssen uns auch fragen, ob unsere alten *Gewerkschaftsstrukturen* der Herausforderung der Globalisierung angemessen sind. In der heutigen Arbeitswelt ist die Festanstellung im selben Betrieb für Jahre oder Jahrzehnte zur Ausnahme geworden. Das typische Arbeitsleben heisst heute, öfters die Arbeitsstelle wechseln zu müssen, mit Phasen von Arbeitslosigkeit zwischendurch. Warum soll eine Arbeiterin jedesmal ihre Gewerkschaft wechseln müssen, nur weil sie die Stelle wechselt? Warum nicht eine einzige Mitgliedschaft auf Lebzeiten? Erleichtern wir uns doch die Organi-

sationsarbeit, indem wir unseren Mitgliedern die Mitgliedschaft erleichtern. Die schweizerischen Gewerkschaften liegen richtig, wenn sie ernsthaft an Fusionen arbeiten. Ein kleines Land braucht ohnehin nur eine einzige übergreifende nationale Gewerkschaft.

Schliesslich stellt sich die Frage, warum grenzüberschreitende Gewerkschaftsorganisationen nicht möglich sein sollten. Die Gewerkschaften sind heute die letzten bedeutenden Institutionen, die die Grenzen des Nationalstaates noch ernst nehmen. Das Kapital hat sich längst darüber hinweggesetzt, und die Grenzen lösen sich sowieso immer mehr innerhalb grösserer politischer und wirtschaftlicher Einheiten auf. Warum sollen wir die letzten Patrioten bleiben? Die Notwendigkeit eines neuen Internationalismus muss die Zukunftsdebatte in den Gewerkschaften bestimmen.

Auszüge aus dem redaktionell leicht überarbeiteten Referat auf der Internationalen Konferenz „Das Andere Davos“ im Volkshaus, Zürich, 26. Januar 2001.



bokos druck
Computer to plate
Direktoffset

Taschenbücher
Dissertationen
Geheftete Broschüren
Journale
Flyer/Plakate

Tel. 01 - 241 31 80
Fax 01 - 241 31 81
Badenerstrasse 123a
8004 Zürich
info@bokos.ch
http://www.bokos.ch